

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Erwin Marschewski, Wolfgang Zeitlmann
und der Fraktion der CDU/CSU sowie des Abgeordneten Dr. Max Stadler
und der Fraktion der F.D.P.**
– Drucksache 13/8884 –

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (2. VwVfÄndG)

A. Problem

Aktuelle Entwicklungen machen geringfügige Änderungen
der §§ 15, 16, 33, 41, 44, 50 und 61 Verwaltungsverfahrensgesetz
– VwVfG – sowie des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – SGB X –
erforderlich.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 13/8884 in der aus
der Beschlußempfehlung ersichtlichen Fassung.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/8884 in der aus anliegen-
der Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Bonn, den 21. April 1998

Der Innenausschuß

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Dr. Joseph-Theodor Blank
Berichterstatter

Dieter Wiefelspütz
Berichterstatter

Rezzo Schlauch
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatte

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (2. VwVfÄndG)
– Drucksache 13/8884 –
mit den Beschlüssen des Innenausschusses (4. Ausschuß)

Entwurf

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (2. VwVfÄndG)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes

Das Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1253), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. September 1996 (BGBl. I S. 1354), wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Satz 1 und § 16 Abs. 1 Nr. 3 werden jeweils die Worte „Geltungsbereich dieses Gesetzes“ durch das Wort „Inland“ ersetzt.
2. § 33 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen, Negativen und Ausdrucken“.
 - b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:

„3. mit Datenverarbeitungsanlagen, insbesondere Schnelldruckern, hergestellten Ausdrucken von auf Datenträgern gespeicherten Daten.“
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Die nach den Nummern 1 bis 3 hergestellten Unterlagen stehen, sofern sie beglaubigt sind, beglaubigten Abschriften gleich.“
3. In § 41 Abs. 2 werden die Worte „Geltungsbereich dieses Gesetzes“ durch das Wort „Inland“ ersetzt.
4. In § 44 Abs. 1 wird das Wort „offenkundig“ durch das Wort „offensichtlich“ ersetzt.
5. In § 50 wird die Angabe „§ 48 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 bis 4 und Abs. 6“ durch die Angabe „§ 48 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis 4“ ersetzt.“

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (2. VwVfÄndG)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

unverändert

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

6. § 61 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 3 werden nach dem Wort „Unterwerfung“ die Worte „der Behörde“ eingefügt.
 - b) In Satz 4 werden die Worte „oder gegenüber“ gestrichen.
7. Die §§ 97 bis 99 und 102 werden gestrichen.
8. Nach der Eingangsformel wird folgende Inhaltsübersicht eingefügt:

„Inhaltsübersicht

Teil I

Anwendungsbereich, örtliche Zuständigkeit,
Amtshilfe

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Ausnahmen vom Anwendungsbereich
- § 3 Örtliche Zuständigkeit
- § 4 Amtshilfepflicht
- § 5 Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe
- § 6 Auswahl der Behörde
- § 7 Durchführung der Amtshilfe
- § 8 Kosten der Amtshilfe

Teil II

Allgemeine Vorschriften
über das Verwaltungsverfahren

Abschnitt 1

Verfahrensgrundsätze

- § 9 Begriff des Verwaltungsverfahrens
- § 10 Nichtförmlichkeit des Verwaltungsverfahrens
- § 11 Beteiligungsfähigkeit
- § 12 Handlungsfähigkeit
- § 13 Beteiligte
- § 14 Bevollmächtigte und Beistände
- § 15 Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten
- § 16 Bestellung eines Vertreters von Amts wegen
- § 17 Vertreter bei gleichförmigen Eingaben
- § 18 Vertreter für Beteiligte bei gleichem Interesse
- § 19 Gemeinsame Vorschriften für Vertreter bei gleichförmigen Eingaben und bei gleichem Interesse
- § 20 Ausgeschlossene Personen
- § 21 Besorgnis der Befangenheit
- § 22 Beginn des Verfahrens
- § 23 Amtssprache
- § 24 Untersuchungsgrundsatz
- § 25 Beratung, Auskunft

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- § 26 Beweismittel
- § 27 Versicherung an Eides Statt
- § 28 Anhörung Beteiligter
- § 29 Akteneinsicht durch Beteiligte
- § 30 Geheimhaltung

Abschnitt 2

Fristen, Termine, Wiedereinsetzung

- § 31 Fristen und Termine
- § 32 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

Abschnitt 3

Amtliche Beglaubigung

- § 33 Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen, Negativen und Ausdrucken
- § 34 Beglaubigung von Unterschriften

Teil III

Verwaltungsakt

Abschnitt 1

Zustandekommen des Verwaltungsaktes

- § 35 Begriff des Verwaltungsaktes
- § 36 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
- § 37 Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes
- § 38 Zusicherung
- § 39 Begründung des Verwaltungsaktes
- § 40 Ermessen
- § 41 Bekanntgabe des Verwaltungsaktes
- § 42 Offenbare Unrichtigkeiten im Verwaltungsakt

Abschnitt 2

Bestandskraft des Verwaltungsaktes

- § 43 Wirksamkeit des Verwaltungsaktes
- § 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes
- § 45 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern
- § 46 Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- § 47 Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsaktes
- § 48 Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes
- § 49 Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsaktes
- § 49a Erstattung, Verzinsung
- § 50 Rücknahme und Widerruf im Rechtsbehelfsverfahren
- § 51 Wiederaufgreifen des Verfahrens
- § 52 Rückgabe von Urkunden und Sachen

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Abschnitt 3

Verjährungsrechtliche Wirkungen
des Verwaltungsaktes

- § 53 Unterbrechung der Verjährung durch Verwaltungsakt

Teil IV

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

- § 54 Zulässigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages
- § 55 Vergleichsvertrag
- § 56 Austauschvertrag
- § 57 Schriftform
- § 58 Zustimmung von Dritten und Behörden
- § 59 Nichtigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages
- § 60 Anpassung und Kündigung in besonderen Fällen
- § 61 Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung
- § 62 Ergänzende Anwendung von Vorschriften

Teil V

Besondere Verfahrensarten

Abschnitt 1

Förmliches Verwaltungsverfahren

- § 63 Anwendung der Vorschriften über das förmliche Verwaltungsverfahren
- § 64 Form des Antrages
- § 65 Mitwirkung von Zeugen und Sachverständigen
- § 66 Verpflichtung zur Anhörung von Beteiligten
- § 67 Erfordernis der mündlichen Verhandlung
- § 68 Verlauf der mündlichen Verhandlung
- § 69 Entscheidung
- § 70 Anfechtung der Entscheidung
- § 71 Besondere Vorschriften für das förmliche Verfahren vor Ausschüssen

Abschnitt 1a

Beschleunigung von Genehmigungsverfahren

- § 71 a Anwendbarkeit
- § 71 b Zügigkeit des Genehmigungsverfahrens
- § 71 c Beratung und Auskunft
- § 71 d Sternverfahren
- § 71 e Antragskonferenz

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

Abschnitt 2

Planfeststellungsverfahren

- § 72 Anwendung der Vorschriften über das Planfeststellungsverfahren
- § 73 Anhörungsverfahren
- § 74 Planfeststellungsbeschluß, Plangenehmigung
- § 75 Rechtswirkungen der Planfeststellung
- § 76 Planänderungen vor Fertigstellung des Vorhabens
- § 77 Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses
- § 78 Zusammentreffen mehrerer Vorhaben

Teil VI

Rechtsbehelfsverfahren

- § 79 Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte
- § 80 Erstattung von Kosten im Vorverfahren

Teil VII

Ehrenamtliche Tätigkeit, Ausschüsse

Abschnitt 1

Ehrenamtliche Tätigkeit

- § 81 Anwendung der Vorschriften über die ehrenamtliche Tätigkeit
- § 82 Pflicht zu ehrenamtlicher Tätigkeit
- § 83 Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit
- § 84 Verschwiegenheitspflicht
- § 85 Entschädigung
- § 86 Abberufung
- § 87 Ordnungswidrigkeiten

Abschnitt 2

Ausschüsse

- § 88 Anwendung der Vorschriften über Ausschüsse
- § 89 Ordnung in den Sitzungen
- § 90 Beschlußfähigkeit
- § 91 Beschlußfassung
- § 92 Wahlen durch Ausschüsse
- § 93 Niederschrift

Teil VIII

Schlußvorschriften

- § 94 Übertragung gemeindlicher Aufgaben
- § 95 Sonderregelung für Verteidigungsangelegenheiten
- § 96 Überleitung von Verfahren
- § 97 weggefallen

Entwurf

Beschlüsse des 4. Ausschusses

- § 98 weggefallen
- § 99 weggefallen
- § 100 Landesgesetzliche Regelungen
- § 101 Stadtstaatenklausel
- § 102 weggefallen
- § 103 Inkrafttreten.“

Artikel 1 a**Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch
– Verwaltungsverfahren –**

Das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren – (Artikel I des Gesetzes vom 18. August 1980, BGBl. I S. 1469), zuletzt geändert durch . . . , wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Satz 1, § 15 Abs. 1 Nr. 3, § 37 Abs. 2 und § 67 Abs. 10 Satz 2 werden jeweils die Wörter „Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs“ durch das Wort „Inland“ ersetzt.
2. Die Überschrift zu § 29 wird wie folgt gefaßt:
„Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen, Negativen und Ausdrucken“.
3. In § 40 Abs. 1 wird das Wort „offenkundig“ durch das Wort „offensichtlich“ ersetzt.
4. § 60 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 3 werden nach dem Wort „Unterwerfung“ die Wörter „der Behörde“ eingefügt.
 - b) In Satz 4 werden die Wörter „oder gegenüber“ gestrichen.

Artikel 2**Neubekanntmachung**

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 3**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Artikel 2

unverändert

Artikel 3

unverändert

Bericht der Abgeordneten Dr. Joseph-Theodor Blank, Dieter Wiefelspütz, Rezzo Schlauch, Dr. Max Stadler und Maritta Böttcher

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung verwaltungsrechtlicher Vorschriften auf Drucksache 13/8884, wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 1998 dem Innenausschuß federführend sowie dem Rechtsausschuß und Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

Der Rechtsausschuß hat keine Stellungnahme abgegeben.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 127. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/8884 in der Fassung des nachfolgenden Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen anzunehmen:

Nach Artikel 1 wird folgender Artikel 1 a eingefügt:

„Artikel 1 a

Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – – Verwaltungsverfahren –

Das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren – (Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 1980, BGBl. I S. 1469), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Satz 1, § 15 Abs. 1 Nr. 3, § 37 Abs. 2 und § 67 Abs. 10 Satz 2 werden jeweils die Wörter „Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs“ durch das Wort „Inland“ ersetzt.
2. Die Überschrift zu § 29 wird wie folgt gefaßt:
„Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen, Negativen und Ausdrucken“.
3. In § 40 Abs. 1 wird das Wort „offenkundig“ durch das Wort „offensichtlich“ ersetzt.
4. § 60 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 3 werden nach dem Wort „Unterwerfung“ die Wörter „der Behörde“ eingefügt.

- b) In Satz 4 werden die Wörter „oder gegenüber“ gestrichen.

Begründung

Zu Artikel 1 a (Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren)

Im Interesse eines einheitlichen Verwaltungsverfahrens werden die entsprechenden Vorschriften des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren – denen des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Artikel 1 des Entwurfs) angepaßt.

Zu Nummer 1 (§§ 14, 15, 37, 67)

Durch die deutsche Einheit ist die ursprüngliche Formulierung, die die besondere rechtliche Situation der beiden deutschen Staaten berücksichtigte, nicht mehr erforderlich, so daß nunmehr der Begriff „Inland“ verwendet werden kann. Siehe auch Artikel 1 Nr. 2.

Zu Nummer 2 (§ 29)

Redaktionelle Anpassung der Überschrift an den Inhalt der geltenden Regelung und an § 33 Verwaltungsverfahrensgesetz. Siehe Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe a.

Zu Nummer 3 (§ 40)

Anpassung an § 44 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz. Siehe Artikel 1 Nr. 3.

Zu Nummer 4 (§ 60)

Anpassung an § 61 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz. Siehe Artikel 1 Nr. 5.

Der Innenausschuß hat in seiner 81. Sitzung am 1. April 1998 den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/8884 ohne Aussprache in der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Fassung einstimmig, bei Enthaltung der Gruppe der PDS, zur Annahme empfohlen.

Bonn, den 21. April 1998

Dr. Joseph-Theodor Blank

Berichterstatter

Dieter Wiefelspütz

Berichterstatter

Rezzo Schlauch

Berichterstatter

Dr. Max Stadler

Berichterstatter

Maritta Böttcher

Berichterstatterin

